

Nr. 8/2026
vom 1. April 2026

GKV-Finanzkommission: vfa veröffentlicht Faktencheck zu Arzneimittel- und DiGA-Vorschlägen

Seite 1/2

- Analyse ausgewählter Empfehlungen der Kommission zur GKV-Finanzierung
- Einordnung mit Fokus auf Arzneimittelversorgung und Innovation
- Hinweise auf unterschätzte Auswirkungen auf Versorgung

Rückfragen an:

Dr. Jochen Stemmler
Telefon 030 20604-203
j.stemmler@vfa.de

Der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen (vfa) hat ausgewählte Vorschläge der Finanzkommission Gesundheit (FKG) zur Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung einem Faktencheck unterzogen. Der Bericht der Kommission vom 30. März 2026 enthält eine Reihe von Maßnahmen, die die Arzneimittelversorgung und digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) betreffen.

Der vfa ordnet diese Empfehlungen auf Basis verfügbarer Daten und bereits bestehender Regelungen ein.

Im Bereich der Arzneimittelausgaben weist der Faktencheck darauf hin, dass die Darstellung der Kommission verkürzt ist und wesentliche Zusammenhänge nicht ausreichend berücksichtigt werden. So tragen pharmazeutische Unternehmen bereits heute in erheblichem Umfang zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung bei, unter anderem durch verpflichtende Rabatte in Milliardenhöhe. Zudem zeigen Analysen, dass nicht Preis-, sondern vor allem Mengeneffekte das Ausgabenwachstum prägen.

Auch einzelne Reformvorschläge sieht der vfa kritisch. Die vorgeschlagene Erhöhung des Herstellerabschlags schafft angesichts der volatilen geopolitischen Lage keine notwendige Stabilität, sondern

Charlottenstraße 59
10117 Berlin
Telefon 030 206 04-0
www.vfa.de

zusätzliche Unsicherheit für Investitionen und den Standort. Auch eine erneute Nachschärfung einer „Preis-Mengen-Regelung“ ist weder nachvollziehbar noch sachgerecht. Für die meisten innovativen Arzneimittel erfolgen insbesondere durch Neuverhandlungen bereits mehrfach Preissenkungen.

Bei der vorgeschlagenen Verordnungssteuerung von patentgeschützten Arzneimitteln über Selektivverträge hebt der Faktencheck hervor, dass dieser Vorschlag die ärztliche Therapiefreiheit und damit die Verfügbarkeit von Therapieoptionen einschränkt.

Die vorgeschlagenen Änderungen zu lasten von Orphan Drugs, Impfstoffen und DiGA werden im Faktencheck kritisch betrachtet. Sie sind so nicht ohne Versorgungseinschränkungen umsetzbar.

Die Politik muss bei allen Maßnahmen sorgfältig mögliche Auswirkungen auf das medizinische Angebot und den Standort berücksichtigen. Das kam bislang zu kurz.

Der vollständige Faktencheck ist abrufbar unter:

<https://www.vfa.de/de/gesundheit-versorgung/gesundheitspolitik/faktencheck-finanzkommission-gesundheit>

Der vfa ist der Verband der forschenden Pharma-Unternehmen in Deutschland. Er vertritt die Interessen von 49 weltweit führenden Herstellern und ihren rund 90 Tochter- und Schwesterfirmen in der Gesundheits-, Forschungs- und Wirtschaftspolitik. Die Mitglieder des vfa stehen für mehr als die Hälfte des deutschen Arzneimittelmarktes und beschäftigen in Deutschland rund 100.000 Mitarbeiter:innen. Rund 20.000 davon arbeiten in Forschung und Entwicklung.

Folgen Sie uns auf unseren Social Media Kanälen:

[LinkedIn](#)

[Instagram](#)

[YouTube](#)

Seite 2/2

Pressemitteilung
Nr. 8/2026
vom 1. April 2026